

WB-01-024 Welt im Blick

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales
Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-01

Von Zeile 24 bis 29:

~~Die zunehmend aggressive Großmachtspolitik von Präsident Putin hat Russland zu einer Bedrohung der europäischen Friedensordnung gemacht. In der Ukraine, dem Nachbarland der EU, wird Krieg geführt, seitdem Russland Teile des Landes völkerrechtswidrig annektiert hat. Infolgedessen haben die Spannungen zwischen Russland und dem NATO-Bündnis die längst überwunden geglaubte Abschreckungslogik wieder in Gang gesetzt. In Europa erleben wir eine schwerwiegende Krise der europäischen Friedensordnung. Russland hat mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und dem Vorgehen in der Ost-Ukraine zentrale Pfeiler der europäischen Sicherheitsarchitektur, die schon in der Vergangenheit durch Völkerrechtsbrüche sowohl Russlands als auch des Westens zunehmend erodiert waren, erneut in Frage gestellt. Diese Verstöße sind für uns nicht hinnehmbar. Trotzdem bleiben wir für einen Dialog mit Russland offen, um auf eine Verständigung hinzuarbeiten. Die Aufgabe der EU ist es, in dieser ersten Krise ihr Potenzial als Zivilmacht zur Deeskalation, zur zivilen Konfliktbearbeitung und Friedensförderung einzusetzen.~~

Wir sehen mit Sorge, dass die Spannungen zwischen Russland und der NATO die längst überwunden geglaubte Abschreckungslogik wieder in Gang gesetzt haben. Wir kritisieren alle Versuche, egal ob von Russland oder der NATO, diese Krise zu Aufrüstung und Rückkehr zur Logik der Abschreckung zu nutzen. Gerade wenn die Lage angespannt ist, ist eine konsequente Entspannungspolitik notwendig. Für einen ernsthaften Dialog braucht es wieder eine Verstetigung des NATO-Russland-Rates als zentraler Dialogplattform. Langfristig kann nur Kooperation zu einer Wiederannäherung führen. Im Umgang mit internationalen Krisen setzt grüne Politik immer in erster Linie auf zivile Krisenprävention und Konfliktlösung, auf Dialog, Diplomatie und Deeskalation. Wir Grünen halten an der Vision eines geeinten und friedlichen Europas fest. Die Tür für eine enge Zusammenarbeit mit Russland in Europa bleibt offen. Sie ist jedoch nicht nur von der EU, sondern auch von der Verständigung auf gemeinsame Werte und die Prinzipien von Europarat und OSZE abhängig.

Begründung

Der Entwurfstext gibt auch hier lediglich eine verkürzte, einseitige Beschreibung; der Ersetzungstext bietet eine differenziertere Beschreibung und schließt politische Forderungen an. Die Formulierungen sind in großen Teilen den Beschlüssen „Europäische Friedenspolitik“ der BDK 2014 in Hamburg und „Neues Wettrüsten verhindern – Abrüstung und Rüstungskontrolle vorantreiben“ der BDK 2016 in Münster entnommen oder daran angelehnt.